



Zwischenausschuss

1. Sitzung

München, Donnerstag, 7. September 2023, 12:00 bis 14:03 Uhr

Feststellung der Beschlussfähigkeit.....	3
Anwendung der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag.....	3
Wahl des Vorsitzenden	
Thomas Kreuzer (CSU).....	4
Wahl der Ersten Stellvertreterin	
Tanja Schorer-Dremel (CSU).....	5
Wahl des Zweiten Stellvertreters	
Jürgen Mistol (GRÜNE).....	5
Anträge zur Geschäftsordnung der Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP auf Abweichung von der GeschO im Einzelfall (§ 193 BayLTGeschO)	
Tim Pargent (GRÜNE).....	6
Matthias Fischbach (FDP).....	7
Tobias Reiß (CSU).....	7
Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER).....	8
Beschluss zum GeschO-Antrag der GRÜNEN.....	8
Beschluss zum GeschO-Antrag der FDP.....	8

**Befassung des Zwischenausschusses
mit den Vorwürfen und offenen Fragen betreffend den stellvertreten-
den Ministerpräsidenten und Staatsminister Aiwanger im Zusam-
menhang mit einem Flugblatt mit antisemitischem Inhalt**

und

Antrag der Abgeordneten

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen u. a. und Fraktion
(SPD),
Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion
(FDP)

**Menschenwürde, Respekt und Freiheit – Grundwerte der Demokratie
schützen!** ([Drs. 18/30529 Z](#))

und

Antrag der Abgeordneten

Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen u. a. und Fraktion
(SPD)

**Verantwortung für Bayerns Ansehen – Nazi-Jargon entschieden ent-
gegnetreten – Entlassung von Staatsminister Hubert Aiwanger**
([Drs. 18/30530 Z](#))

und

Antrag der Abgeordneten

Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU),
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.
a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Antisemitismus weiterhin entschieden bekämpfen! ([Drs. 18/30537 Z](#))

Ludwig Hartmann (GRÜNE).....	9
Florian von Brunn (SPD).....	11
Martin Hagen (FDP).....	14
Tobias Reiß (CSU).....	15 19
Christoph Maier (AfD).....	18
Ulrich Singer (AfD).....	19
Florian Streibl (FREIE WÄHLER).....	20 23
Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD).....	23 25
Katharina Schulze (GRÜNE).....	23
Beschluss zum CSU/FW-Antrag 18/30537 Z.....	27
Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN/SPD/FDP-Antrag 18/30529 Z.....	27
Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN/SPD-Antrag 18/30530 Z.....	27
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 18/30529 Z (s. a. Anlage 1).....	28
Ergebnis der namentlichen Abstimmung 18/30530 Z (s. a. Anlage 2).....	28
Schluss der Sitzung.....	28

(Beginn: 12:00 Uhr)

Altersvorsitzender Hans Herold (CSU): Meine sehr verehrten Damen und Herren, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Sie heute sehr herzlich zur einberufenen Sitzung des Zwischenausschusses des Bayerischen Landtags im schönen Senatssaal begrüßen. Ich möchte insbesondere Frau Landtagspräsidentin Ilse Aigner und die Vizepräsidenten sehr herzlich willkommen heißen.

Sie werden sich sicherlich wundern, Kolleginnen und Kollegen, warum Frau Landtagspräsidentin die heutige Sitzung nicht selbst leitet. Nach § 21 Absatz 3 unserer Geschäftsordnung dürfen die Landtagspräsidentin und die Vizepräsidenten nicht Mitglieder des Zwischenausschusses sein, somit kann Frau Landtagspräsidentin Aigner keine Sitzungsleitung übernehmen. Sie und die Vizepräsidenten sind gewissermaßen unsere Gäste. – Herzlich willkommen!

(Allgemeiner Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie alle sicherlich wissen, hat der Landtag am 20. Juli 2023 gemäß Artikel 17 Absatz 3 der Bayerischen Verfassung die Tagung geschlossen. Zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung gegenüber der Staatsregierung und zur Behandlung dringlicher Staatsangelegenheiten für die Zeit außerhalb der Tagung bis zum Zusammentritt des neuen Landtags wurde gemäß Artikel 26 der Bayerischen Verfassung der heute einberufene Zwischenausschuss bestellt. Diese kurzfristige Einberufung war im Hinblick auf die gegenüber Herrn Staatsminister Hubert Aiwanger erhobenen Vorwürfe im Zusammenhang mit einem Flugblatt mit antisemitischem Inhalt aus seiner Schulzeit beantragt worden.

Aufgrund der laufenden und sehr umfangreichen Modernisierungsmaßnahmen im Plenarsaal tagt der Zwischenausschuss heute im schönen Senatssaal des Maximilianeums. Ich danke allen ganz herzlich, die diese nicht alltägliche Sitzung vorbereitet haben: Herzlichen Dank dafür!

(Allgemeiner Beifall)

Entsprechend den Geschäftsordnungsbestimmungen für die Konstituierung der Vollversammlung leitet bei der Konstituierung des Zwischenausschusses der Altersvorsitzende – also ich – bis zur Wahl des Vorsitzenden die erste Sitzung mit den beiden jüngsten Mitgliedern des Ausschusses, die heute zu meiner linken und zu meiner rechten Seite an der Sitzung teilnehmen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schlage vor – wie bereits mit den Fraktionen im Vorfeld besprochen –, dass wir, um nicht allzu viel Zeit zu verlieren, vom Verlesen der Namen der Mitglieder des Zwischenausschusses zur Feststellung der Beschlussfähigkeit absehen. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Gibt es Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Ich sehe keine. Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist das so beschlossen. Der Namensaufruf unterbleibt, die Beschlussfähigkeit wird als gegeben anerkannt.

Ich schlage Ihnen weiter vor, die Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag entsprechend anzuwenden. Die Regelungen würden dann insoweit Anwendung finden, als sie für den Zwischenausschuss passen. Zudem wird die Anwendung unter der Maßgabe empfohlen, dass die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter in einfacher Form vorgenommen wird. Besteht damit Einverständnis? – Das ist der Fall. Gegenstimmen oder Enthaltungen? – Sehe ich keine. Widerspruch erhebt sich nicht. Dann ist hiernach zu verfahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren, wie Sie wissen, tagt der Bayerische Landtag öffentlich, demzufolge auch der Zwischenausschuss. Ich darf darauf hinweisen, dass die gesamte Sitzung des Zwischenausschusses live im BR-Fernsehen übertragen wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir kommen jetzt zur

Wahl des Vorsitzenden

Das Vorschlagsrecht für den Vorsitzenden hat die CSU-Fraktion, die Herrn Fraktionsvorsitzenden Thomas Kreuzer benannt hat. Wir haben vorhin beschlossen, die Abstimmung in einfacher Form durchzuführen. Wer dem Vorschlag der CSU-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der AfD, der SPD und der FDP. Damit ist Herr Thomas Kreuzer zum Vorsitzenden des Zwischenausschusses gewählt.

Ich frage Sie, Herr Kreuzer: Nehmen Sie die Wahl an?

Thomas Kreuzer (CSU): Ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Altersvorsitzender Hans Herold (CSU): Ich gratuliere Ihnen, Herr Kreuzer, zur Wahl und darf persönlich anmerken, dass zum Abschluss meiner Tätigkeit im Bayerischen Landtag die Übernahme des Altersvorsitzes des Zwischenausschusses kurz vor dem Ende meiner zwanzigjährigen Zugehörigkeit zum Hohen Haus eine besondere Ehre gewesen ist. Ich danke Ihnen für die zwanzigjährige vertrauensvolle Arbeit, die wir gemeinsam zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger in unserem wunderschönen Freistaat Bayern geleistet haben. Herzlichen Dank dafür!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie des Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder und des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Ich darf nun Herrn Kreuzer bitten, meinen Platz einzunehmen.

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch von mir ein herzliches Grüß Gott! Ich möchte mich zunächst beim Altersvorsitzenden Hans Herold ganz herzlich für die Eröffnung der Sitzung und die souveräne Leitung bedanken. Hans, vielen Dank!

(Allgemeiner Beifall)

Wir kommen zur

Wahl der Ersten Stellvertreterin

Vorschlagsberechtigt ist die CSU-Fraktion, die Frau Abgeordnete Tanja Schorer-Dremel benannt hat. Gibt es hierzu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Wir haben vorhin beschlossen, dass die Abstimmung in einfacher Form durchzuführen ist. Wer für Frau Tanja Schorer-Dremel als Erste Stellvertreterin des Vorsitzenden stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Keine.

Damit ist Tanja Schorer-Dremel einstimmig zur Ersten Stellvertreterin des Vorsitzenden des Zwischenausschusses gewählt. Ich darf Sie bitten, nach vorne zu kommen und die Plätze zu tauschen.

Ich darf dich noch fragen: Nimmst du die Wahl an?

Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sehr gerne, und ich danke für das Vertrauen.

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Wir kommen zur

Wahl des Zweiten Stellvertreters

Vorschlagsberechtigt ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Herrn Abgeordneten Jürgen Mistol benannt hat. Gibt es dazu Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Die Abstimmung ist ebenfalls in einfacher Form durchzuführen.

Wer für Herrn Mistol als zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden stimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen! – AfD-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Niemand. Damit ist Herr Mistol zum Zweiten Stellvertreter des Vorsitzenden des Zwischenausschusses gewählt.

Herr Mistol, ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen?

Jürgen Mistol (GRÜNE): Ich nehme die Wahl an.

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich gratuliere Ihnen zur Wahl und bitte Sie, neben mir Platz zu nehmen. – Meine Damen und Herren, damit ist die Konstituierung des Zwischenausschusses abgeschlossen.

Bevor wir nun in die Tagesordnung eintreten, möchte ich Sie noch auf einige technische Details hinweisen: Aufgrund von Baumaßnahmen im Haus funktionieren die Anlagen für Durchsagen, beispielsweise für namentliche Abstimmungen, und Audioübertragungen aus dem Sitzungssaal nur eingeschränkt. Nach derzeitigem Stand sind die Durchsagen bzw. Audioübertragungen in allen Außengebäuden außer "Innere Wiener" und Konferenzbau ohne Konferenzsaal möglich, nicht hingegen in Altbau, Nord- und Südbau. Dies bitte ich beim weiteren Sitzungsverlauf zu bedenken. Wenn Sie den Saal verlassen, können Sie die Durchsagen nicht überall empfangen.

Zudem möchte ich darauf hinweisen, dass die Lüftung im Senatssaal zwar grundsätzlich funktioniert, eine Klimatisierung des Senatssaals aufgrund der Baumaßnahmen allerdings nicht möglich ist. Mit anderen Worten: Es könnte auch klimatisch heiß und warm werden, meine Damen und Herren.

Zwischenbemerkungen bzw. Zwischenfragen sind wie früher per Handzeichen anzuzeigen und über drei Standmikrofone im Sitzungssaal, die Sie im Mittelgang sehen, durchzuführen. Namentliche Abstimmungen werden in bewährter Weise mittels Stimmkarten, die Ihnen normalerweise bereits von unseren Offizianten ausgehändigt worden sind, durchgeführt. Sollten Sie noch nicht im Besitz Ihres Stimmkartenmappchens sein, bitte ich Sie, sich an die Offizianten zu wenden. Falls Sie sich noch nicht in die Anwesenheitsliste eingetragen haben sollten, die vor dem Sitzungssaal ausliegt, bitte ich, dies jetzt nachzuholen.

Kolleginnen und Kollegen, auch wenn die heutige Debatte an manchen Stellen emotional werden könnte – es ist ja keine einfache Thematik –, bitte ich aus gegenseitigem Respekt voreinander um eine dem Hohen Haus angemessene Wortwahl, damit wir auch diese – hoffentlich letzte – Sitzung in dieser Legislaturperiode vernünftig beenden können.

Zu den eingereichten Geschäftsordnungsanträgen:

**Anträge zur Geschäftsordnung der Fraktionen des BÜNDNISSES
90/DIE GRÜNEN und der FDP
auf Abweichung von der GeschO im Einzelfall (§ 193 BayLTGeschO)**

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, haben die Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP für zwei Geschäftsordnungsanträge in Bezug auf die Befragung des Ministerpräsidenten und seines Stellvertreters um das Wort gebeten. Zur Begründung des Geschäftsordnungsantrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Kollegen Abgeordneten Pargent das Wort. Die Redezeit beträgt fünf Minuten. – Bitte schön, Herr Kollege.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir, die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, beantragen, in der heutigen Sitzung des Zwischenausschusses eine Befragung des Ministerpräsidenten und seines Stellvertreters durchzuführen. Diese Befragung findet vor der Aussprache über die eigentlichen Anträge, die eingereicht worden sind, statt.

Zur Ausgestaltung dieser Befragung: Alle Mitglieder des Zwischenausschusses können ohne vorherige schriftliche Einreichung mündlich Fragen an den Ministerpräsidenten und seinen Stellvertreter richten. Die Fragen sind durch den Ministerpräsidenten und seinen Stellvertreter zu beantworten. Die Fragen müssen kurz gefasst und ohne Begründung sein und eine kurze Beantwortung ermöglichen. Im Anschluss an die Beantwortung können durch das anfragende Mitglied Zusatzfragen gestellt werden. In der Reihenfolge der Fraktionsstärke wird zunächst eine gesetzte Fragerunde durchgeführt; danach erfolgt dann ein freier Zugriff nach Eingang.

Zur Begründung dieses Geschäftsordnungsantrags: Der Ministerpräsident und sein Stellvertreter haben im Umgang mit den Vorwürfen in Zusammenhang mit einem Flugblatt mit antisemitischem Inhalt zahlreiche Fragen offengelassen. Die Inhalte des persönlichen Gesprächs des Ministerpräsidenten mit Herrn Staatsminister Aiwanger, das wohl am 2. September 2023 stattgefunden hat und das die Entscheidung des Ministerpräsidenten über die Konsequenzen aus der Affäre beeinflusst hat, sind der Öffentlichkeit nicht bekannt. Auch hat Staatsminister Aiwanger die 25 Fragen des Ministerpräsidenten teils nichtssagend, mit Erinnerungslücken oder Widersprüchen beantwortet. Wir sind der Meinung, dass das Parlament jetzt die vollständige Transparenz herstellen und die Affäre aufklären muss. Wir sind außerdem der Meinung, dass dem Parlament die gleichen Rechte, wie sie scheinbar auch der Staatsregierung zugestanden werden, eingeräumt werden sollten. Der Ministerpräsident selbst sah ja die Notwendigkeit einer Befragung seines Stellvertreters. Dieses Recht wollen wir nun auch dem Parlament einräumen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Vielen Dank. – Wird das Wort zur Gegenrede gewünscht?

(Wortmeldung der Abgeordneten Tobias Reiß (CSU) und Matthias Fischbach (FDP))

Herr Fischbach, Sie wollen Ihren Antrag begründen? – Ja, das können wir auch gleich machen. – Machen wir es so. Die FDP hat ebenfalls einen Geschäftsordnungsantrag gestellt, den Herr Fischbach begründet. Anschließend entscheiden wir über beide Anträge. Das ist noch einfacher. – Bitte, Herr Fischbach.

Matthias Fischbach (FDP): Herr Vorsitzender, werde Kolleginnen und Kollegen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich muss festhalten, dass diese Debatte um das antisemitische Flugblatt wirklich national wie auch international Wellen geschlagen hat. Deswegen ist es richtig, dass sich das Parlament damit befasst. Die Einberufung des Zwischenausschusses haben wir als FDP deswegen auch unterstützt.

Wir haben uns aber nicht den Abwahantrag, der von GRÜNEN und SPD eingebracht worden ist, zu eigen gemacht, denn wir wollen keine Vorverurteilung haben. Wir wollen aus Sicht der FDP-Fraktion die vielen offenen Fragen erst einmal klären.

Die Antworten auf die schriftlichen Fragen des Ministerpräsidenten waren unzureichend, und Ungereimtheiten sind deutlich geworden. Nach den Pressekonferenzen wurden bemerkenswerterweise auch keine weiteren Fragen mehr zugelassen. Aber es gäbe beileibe noch mehr als die 25 Fragen, die der Ministerpräsident an Herrn Aiwanger gerichtet hat, die relevant wären. Deshalb ist eine Befragung des stellvertretenden Ministerpräsidenten, Staatsministers Hubert Aiwanger, in diesem Gremium das richtige Format, das wir hiermit als FDP-Fraktion beantragen möchten. Darauf wollen wir uns auch fokussieren. Das ist der Unterschied zum Geschäftsordnungsantrag der GRÜNEN.

Das Parlament sollte seinen Teil zur Klärung beitragen. Es ist auch ein Gebot der Fairness gegenüber Herrn Hubert Aiwanger, hier die Gelegenheit einzuräumen, zu den nach wie vor im Raum stehenden Vorwürfen Stellung zu nehmen und die Fragen direkt zu beantworten. Der Landtag und die Öffentlichkeit haben darauf ein Recht. Diese Befragung ist nicht im Rahmen des normalen, hier sehr eingeschränkten Debattenformats nach der Geschäftsordnung möglich. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu dieser Abweichung von der Geschäftsordnung, die wir hier beantragen, damit der Vorfall letztmalig und ordentlich aufgearbeitet und dann abgeschlossen werden kann; denn es ist höchste Zeit, dass wir uns wieder mit der Lösung der Sachprobleme im Freistaat Bayern beschäftigen können.

(Beifall bei der FDP)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Vielen Dank, Herr Kollege Fischbach. – Jetzt frage ich: Wird die Möglichkeit zur Gegenrede gewünscht? – Tobias Reiß und dann der Kollege von den FREIEN WÄHLERN. Bitte schön.

Tobias Reiß (CSU): Sehr verehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich widerspreche im Namen der CSU-Landtagsfraktion diesem Ansinnen. Die Geschäftsordnung des Bayerischen Landtags sieht eine Ministerbefragung aus guten Gründen nicht vor, und ich wüsste nicht, aus welchen Gründen wir heute davon abweichen sollten. In Verkennung des Inhalts der Bayerischen Verfassung wird hier letztendlich versucht, dem Zwischenausschuss eine Zuständigkeit zu vermitteln, die er nicht hat.

Der Bayerische Ministerpräsident hat in seiner nach der Bayerischen Verfassung in Artikel 45 geregelten Zuständigkeit über die Frage von Ernennung und Entlassung von Staatsministern zu entscheiden und nicht der Bayerische Landtag. Der kann dem danach zustimmen und nicht umgekehrt. Deshalb geht es hier auch nicht um Sachfragen, sondern um eine kleine Showeinlage, die hier wohl seitens der Opposition geplant wird. Der Bayerische Ministerpräsident hat in seiner Zuständigkeit

den Stellvertreter angehört, hat ihm Fragen gestellt, hat sein Verfahren transparent gemacht und offengelegt, seine Beweggründe und Entscheidungsgründe in der Öffentlichkeit dargelegt. Genau das ist das richtige Verfahren. Der Bayerische Ministerpräsident ist Herr dieses Verfahrens und hat in dieser Angelegenheit entschieden. Dem Zwischenausschuss kommt hier keinerlei Zuständigkeit zu. Deshalb widersprechen wir diesen Anträgen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Danke schön. – Herr Kollege Dr. Mehring.

Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER): Herr Vorsitzender, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Staatsminister Hubert Aiwanger hat sich sehr bewusst dafür entschieden, den 25-Fragen-Katalog unseres Bayerischen Ministerpräsidenten nicht nur gegenüber der Bayerischen Staatskanzlei, sondern auch gegenüber der gesamten interessierten Öffentlichkeit zu beantworten. Er hat dabei zum Ausdruck gebracht, was ihm zu den Vorgängen vor über 35 Jahren erinnerlich ist, die jetzt, sechs Wochen vor den Wahlen, medienintensiv und bundesweit diskutiert werden. Im Anschluss daran hat sich der Bayerische Ministerpräsident im Rahmen seines Rechtes dafür entschieden, an seinem Stellvertreter Hubert Aiwanger festzuhalten, wie das Herr Kollege Reiß schon ausgeführt hat. Die einschlägigen Umfragen der letzten Tage zeigen eindrucksvoll, dass die überwältigende Mehrheit der Menschen in Bayern hinter dieser Entscheidung unseres Bayerischen Ministerpräsidenten steht.

Selbstredend ist es das vornehme Recht der Opposition im Sinne eines Minderheitenrechtes, den Zwischenausschuss mit dieser Angelegenheit zu befassen. Das Ansinnen, daraus über eine Ministerbefragung, die in der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag nicht vorgesehen ist, eine Art Tribunal oder Showeinlage zu machen, unterstützen wir nicht. Wir weisen diese Anträge deshalb zurück.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Mehring. – In entsprechender Anwendung der Vorschrift des § 193 der Geschäftsordnung für den Bayerischen Landtag kann eine Abweichung von der Geschäftsordnung im Einzelfall erfolgen, sofern nicht eine Fraktion widerspricht.

Wir müssen jetzt über die beiden Anträge entscheiden. Gibt es einen formalen Widerspruch gegen den Geschäftsordnungsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN? – Das sind Herr Kollege Reiß für die CSU-Fraktion und die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Somit widersprechen zwei Fraktionen.

(Andreas Winhart (AfD): Wir auch!)

– Und die Fraktion der AfD. Somit widersprechen drei Fraktionen. – Ich stelle fest, dass seitens der Mitglieder der Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD Widerspruch erhoben wurde. Der Antrag ist somit abgelehnt.

Nun kommen wir zum Geschäftsordnungsantrag der FDP-Fraktion. Gibt es einen Widerspruch gegen diesen Antrag? – Das sind Herr Kollege Reiß für die CSU-Fraktion, Herr Kollege Dr. Mehring für die Fraktion der FREIEN WÄHLER und Herr Kollege Winhart für die AfD-Fraktion. Somit haben drei Fraktionen widersprochen. Ich stelle fest, dass seitens der Mitglieder der Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD Widerspruch erhoben wurde. Damit ist der Antrag abgelehnt, und es kommt zu keiner Befragung.

Ich rufe nun den heutigen **Tagesordnungspunkt** auf:

**Befassung des Zwischenausschusses
mit den Vorwürfen und offenen Fragen betreffend den
stellvertretenden Ministerpräsidenten und Staatsminister Aiwanger
im Zusammenhang mit einem Flugblatt mit antisemitischem Inhalt**

und

Antrag der Abgeordneten

**Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**

**Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen u. a. und
Fraktion (SPD),**

**Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion
(FDP)**

**Menschenwürde, Respekt und Freiheit – Grundwerte der Demokratie
schützen! (Drs. 18/30529 Z)**

und

Antrag der Abgeordneten

**Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und
Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),**

**Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Arif Taşdelen u. a. und
Fraktion (SPD)**

**Verantwortung für Bayerns Ansehen – Nazi-Jargon entschieden
entgegnet – Entlassung von Staatsminister Hubert Aiwanger
(Drs. 18/30530 Z)**

und

Antrag der Abgeordneten

**Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. und
Fraktion (CSU),**

**Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer
u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Antisemitismus weiterhin entschieden bekämpfen! (Drs. 18/30537 Z)

Bevor wir in die Aussprache eintreten, weise ich darauf hin, dass die SPD-Fraktion beantragt hat, über die Anträge der Opposition auf Drucksache 18/30529 Z und Drucksache 18/30530 Z in namentlicher Form abstimmen zu lassen. Die Abstimmungen erfolgen jeweils am Ende der gemeinsamen Aussprache.

Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt nach Vereinbarung der Fraktionen 73 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Die Verteilung der Redezeiten: CSU 21 Minuten, somit hat auch die Staatsregierung 21 Minuten, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 13 Minuten, FREIE WÄHLER 11 Minuten, AfD 10 Minuten, SPD 10 Minuten und FDP 8 Minuten.

Als ersten Redner rufe ich Herrn Kollegen Ludwig Hartmann von der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf, dem ich hiermit das Wort erteile. Bitte schön, Herr Hartmann.

Ludwig Hartmann (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr Aiwanger, was verstehen Sie unter Reue und Demut? Bewerten Sie Ihren Umgang mit den Vorwürfen gegen Sie als angemessen für einen Vize-Ministerpräsidenten und Wirtschaftsminister? Wie wollen Sie das Vertrauen der jüdischen Gemeinden wieder zurückgewinnen? Bei 14 Ihrer Antworten auf 25 Fragen verweisen Sie auf Erinnerungslücken. Wie passen Ihre vielen Erinnerungslücken mit der Antwort zusammen, dass dieser Vorfall ein ein-

schneidendes Erlebnis für Sie gewesen sei und bei Ihnen wichtige gedankliche Prozesse angestoßen habe?

Welche gedanklichen Prozesse wurden denn angestoßen? Finden Sie es passend, nach einer dürftigen Entschuldigung sofort in einen Opfermodus überzugehen und von einer medialen Schmutzkampagne gegen Sie zu sprechen mit dem Ziel – ich zitiere –, Sie "fertig machen" zu wollen? Ich frage mich: Welche Rolle nimmt für Sie Journalismus in unserer Demokratie ein?

Wieso haben Sie sich nach dem Erscheinen des "SZ"-Artikels erst einmal tagelang in Schweigen gehüllt, anstatt aufzuklären und Transparenz über Ihre Vergangenheit herzustellen? Wann haben Sie Ministerpräsident Markus Söder erstmalig über die Recherche der "SZ" und deren Anfragen an Sie informiert? Wieso haben Sie nicht bereits vor dem Erscheinen des Artikels gegenüber der "SZ" den Verfasser der Hetzschrift genannt? Warum besuchte die Landtagskollegin Jutta Widmann im Jahr 2008 Ihren ehemaligen Lehrer und befragte ihn? Warum hatten Sie im Jahr 2008 einen Termin bei Horst Seehofer, und was wusste die CSU seither über Ihre Vergangenheit?

Sie sagten bei Ihrem Statement am 31. August, Sie hätten als Jugendlicher Fehler gemacht. Was meinen Sie damit konkret im Zusammenhang mit den Vorwürfen? Finden Sie es unproblematisch, wenn Jugendliche heutzutage Juden- und Holocaustwitze machen?

Josef Schuster vom Zentralrat der Juden hat Ihnen am 4. September vorgeworfen, dass Sie keine Reue zeigen, sondern eine sogenannte Täter-Opfer-Umkehr praktizieren. Wie wollen Sie sicherstellen, dass der Einsatz für jüdisches Leben in Bayern und gegen Antisemitismus durch Ihre Regierung ernst genommen wird? Wie bewerten Sie, dass die Stiftung Bayerische Gedenkstätten Sie in nächster Zeit nicht in den KZ-Gedenkstätten sehen möchte? Hat es Sie persönlich berührt, dass Frau Knobloch Ihre Entschuldigung nicht annimmt? Wie sehr schadet Ihr Umgang mit den Vorwürfen in Ihren Augen dem Ansehen Bayerns? Was ist Ihr persönlicher Anteil daran? Wie klingt für Sie eine ehrliche Entschuldigung? Wie sieht Reue aus, wie Bedauern?

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Söder, fühlen Sie sich mit Ihrer Entscheidung in der Causa Aiwanger wohl? Hat Ihre Entscheidung dem Ansehen Bayerns in der Welt geholfen? Sie garantieren persönlich dafür, dass Rassismus und Antisemitismus in Bayern keinen Platz haben. Wie wollen Sie das mit diesem Vize sicherstellen? Durch welche konkreten Aussagen konnte Hubert Aiwanger Ihre Zweifel im persönlichen Gespräch ausräumen? Sie sagen selbst, Hubert Aiwanger habe durch sein Krisenmanagement seine Glaubwürdigkeit nicht erhöht. Was hat Sie dazu gebracht, dennoch seine Erzählung zu glauben?

Sie finden, dass nicht alle Fragen befriedigend beantwortet wurden und dass es viele Erinnerungslücken gibt. Verstehen Sie das unter einem Reinen-Tisch-machen und einem Für-Klarheit-sorgen, wie Sie es am 29. August nach Ihrer Sonderkabinettsitzung von Hubert Aiwanger eingefordert haben? Wie erklären Sie sich, dass Hubert Aiwanger das Ereignis zur Schulzeit als "einschneidend" bezeichnet, sich aber an keine Details erinnern kann? Haben Sie bei Ihrer Entscheidung Machterhalt über Haltung gestellt? Welche schweren Fehler hat Hubert Aiwanger in seiner Jugend gemacht? – Sie scheinen mit ihm darüber gesprochen zu haben. Klären Sie uns auf!

Wie können Sie so sicher sein? – Haben Sie von Hubert Aiwanger eine Eidesstattliche Erklärung erhalten, die seine Unschuld erklärt? Sie sagen: – Zitat – Es ist nicht entscheidend allein, was man mit 16 sagt, sondern wie man als 52-Jähriger heute damit umgeht." Genügt das Verhalten von Hubert Aiwanger, Ihren Ansprü-

chen an den Vize-MP und Wirtschaftsminister gerecht zu werden? Wie hat Hubert Aiwanger Sie davon überzeugt, dass er Gespräche mit der Jüdischen Gemeinde als – Zitat – "notwendig" erachtet?

Hubert Aiwanger entschuldigt sich bei den Opfern der Naziverbrechen und ihren Nachfahren. Im gleichen Atemzug stilisiert er sich zum Opfer einer medialen Schmutzkampagne. Wie bewerten Sie das? Empfinden Sie Hubert Aiwangers Auftritte und Äußerungen zu den Vorwürfen in diversen Bierzelten als Reue und Demut?

Viele Menschen in ganz Deutschland und in der Welt sind entsetzt, weil durch Ihren Umgang mit der Causa Aiwanger der Umgang mit der Erinnerungskultur in Deutschland einen Riss bekommen hat. Was sagen Sie diesen Menschen? Was bedeutet für Sie "bürgerlich"?

Viele Fragen sind offen. Sie werden sie wahrscheinlich nie beantworten. Das ist einer bayerischen Regierung unwürdig, Ihrer Verantwortung den Menschen und unserer Geschichte gegenüber untragbar.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Nächster Redner: Herr Kollege Florian von Brunn, SPD-Fraktion. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian von Brunn (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Ist das, was vor 35 Jahren passierte, automatisch eine Jugendsünde, ein dummer Jungenstreich? – Ich finde das nicht. Ich finde, es kommt darauf an, um was es geht. Ja, Jugendliche machen viel Unsinn; ich weiß das aus eigener Erfahrung. Ich persönlich kenne aber keinen Fall von einem Jugendlichen, wo so ein übles und menschenverachtendes neonazistisches Flugblatt mit in eine Schule genommen wurde.

Welche Zeit war das, über die wir reden? – Es gab damals schon ein hohes Bewusstsein für dieses Thema. Schon rund zehn Jahre zuvor hat das ZDF die Serie "Holocaust" über das Schicksal einer jüdischen Arztfamilie während des Nationalsozialismus gezeigt. 1985 ist Claude Lanzmanns zweiteiliger Dokumentarfilm "Shoah" erschienen. Am 8. Mai 1985 hat Bundespräsident Richard von Weizsäcker, 40 Jahre nach Kriegsende, seine berühmte Rede über den "Tag der Befreiung" gehalten. Aus der "Niederlage" oder "Kapitulation" wurde die "Befreiung". Deutschland hatte gelernt – aber offenbar nicht alle.

Ja, Schule muss ein Schutzraum sein, ein Schutzraum, was Noten angeht, was alterstypisches Verhalten angeht, was persönliche Verhältnisse angeht. Aber Schule kann und darf kein Schutzraum für neonazistische Umtriebe sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deshalb war es meiner Ansicht nach auch falsch, wie man in Mellersdorf damals damit umgegangen ist. Trotzdem muss man aber natürlich die Argumente von vor 35 Jahren und "Schule" berücksichtigen. Aber es macht auch einen Unterschied, um wen es geht. Es ist ein Unterschied, ob es um jemanden geht, der keine hervorgehobene öffentliche Rolle spielt, der den Freistaat nicht repräsentiert, oder ob es um den stellvertretenden Ministerpräsidenten geht, den Wirtschaftsminister, der die wirtschaftlichen Interessen des Freistaats Bayern in der ganzen Welt vertreten soll. Dann erwartet man zu Recht einen angemessenen Umgang mit der eigenen Vergangenheit und vor allem mit dem dunkelsten Kapitel der deutschen Geschichte.

Immerhin geht es um ein singuläres Verbrechen in der Menschheitsgeschichte. Es leben noch Zeitzeugen des Völkermords an den europäischen Jüdinnen und Juden und des Naziterrors. Es gibt Angehörige dieser Opfer. Für die Jüdinnen und Juden in Deutschland ist es wichtig, zu wissen, dass wir Deutsche nach 1945 die richtigen Lehren für ein besseres Deutschland gezogen haben. Wichtig ist für sie – gerade in der jetzigen Situation –, auch zu wissen, dass sie hier in Deutschland sicher und willkommen sind. Wichtig ist für sie besonders, dass wir in einer wehrhaften Demokratie gegen Rechtsextremismus und Rechtsradikalismus fest zum "Nie wieder!" stehen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Verurteilung und die Bekämpfung des Nationalsozialismus und der Respekt vor Millionen von Opfern des Naziregimes ist ein wichtiger, ein wesentlicher Grundstein unserer Demokratie. Für mich ist die entscheidende Frage: Wie ist der Umgang eines stellvertretenden Ministerpräsidenten damit?

Am 17. August wurde Hubert Aiwanger zum ersten Mal mit den Vorwürfen konfrontiert und um Stellungnahme gebeten. Ein Sprecher von ihm – so steht es in der Zeitung – hat das dann als Schmutzkampagne bezeichnet und mit Schadenersatzforderungen gedroht. Die Vorwürfe wurden zurückgewiesen. Erst am 26. August – rund zehn Tage später – hat Hubert Aiwanger eingeräumt, Flugblätter in der eigenen Tasche dabei gehabt zu haben. Erst dann erfolgte die Distanzierung von diesem widerwärtigen Flugblatt, aber er hat die Urheberschaft bestritten. Der Bruder soll Autor der Hetzschrift sein – der Bruder Helmut, nach Aussage von Klassenkameraden ein langhaariger Rockmusikfan, in der Abizeitung als Philosoph beschrieben – und nicht Hubert, damals streng gescheitelt, auf dem Klassenfoto mit Schnurrbart, nicht Hubert, der nach Aussage von Klassenkameraden den Hitlergruß gezeigt haben soll, der Hitlers verbotenes Buch "Mein Kampf" in die Schule mitgenommen und menschenverachtende Witze gemacht haben soll. – Das muss jetzt jeder selbst beurteilen.

Dass das aber ein sehr schlimmer Vorfall war, das wusste offensichtlich auch Hubert Aiwanger, denn er hat offenbar bereits zweimal seine Landtagskollegin Jutta Widmann von den FREIEN WÄHLERN zu dem Lehrer geschickt, der das Flugblatt hatte, das erste Mal 2008. Warum? – Bisher gibt es dazu keine Stellungnahme, keine Erklärung, weder von Hubert Aiwanger noch von Jutta Widmann. Ich finde, die Öffentlichkeit hat einen Anspruch, zu erfahren, warum das passiert ist.

Es sind zwei Wochen vergangen, bis die Entschuldigung kam. Erst musste der Ministerpräsident Klärung einfordern und schriftlich 25 Fragen an Hubert Aiwanger stellen. Es ist schon angeklungen, die Fragen wurden in sehr merkwürdiger Art und Weise beantwortet. Ein bemerkenswerter Widerspruch: Auf der einen Seite soll es ein "einschneidendes Erlebnis" gewesen sein, auf der anderen Seite kann er sich aber an fast nichts mehr erinnern.

Ja, die Entschuldigung war notwendig und überfällig. Herr Aiwanger, Sie haben die Entschuldigung aber selbst relativiert, indem sie sofort mit dem Vorwurf einer Kampagne verbunden wurde, einer Kampagne gegen Sie. Es geht aber nicht nur um Sie. Es geht um das Amt und das Ansehen des Freistaats Bayern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Deswegen hat der Kollege Tobias Reiß mit seiner Kritik recht. Durch das mangelhafte Krisenmanagement und die zögerliche Entschuldigung – so haben Sie das gesagt – ist schwerer Schaden für den Freistaat Bayern entstanden.

Herr Aiwanger, Sie haben die überfällige Entschuldigung damit verbunden, sofort mit dem Finger auf andere zu zeigen, sich zum Opfer zu machen – und Whistleblower und Kritiker zu Tätern. Ich finde das unwürdig; das muss ich an der Stelle deutlich sagen.

Damit ist auch der Bogen zur Demo in Erding geschlagen. Ich finde, durch den Auftritt erscheint das 35 Jahre alte antisemitische Flugblatt in einem anderen Licht. Die schweigende Mehrheit in diesem Land muss sich die Demokratie zurückholen. Und: Wir werden die Berliner Chaoten vor uns hertreiben. – Das waren Ihre Worte in Erding, für die Sie tosenden Beifall bekommen haben, während der Ministerpräsident ausgepiffen und ausgebuht wurde.

Nicht nur wir, auch Vertreter der CSU haben danach von AfD-Sprache, von AfD-Sound gesprochen. Der ehemalige Finanzminister und Parteivorsitzende der CSU Erwin Huber hat Sie gerade aktuell in der Zeitung sogar mit dem Rechtspopulisten Donald Trump verglichen. Erwin Huber hatte schon früher eine klare, eine dezidierte Meinung. Er hat Ihnen im Landtag schon 2012 vorgeworfen, rechtsradikale Reden zu halten. Damals ging es um Ihre Demos gegen die Eurorettung. "Montagsdemos" haben Sie die genannt, bei denen Sie "bürgerkriegsähnliche Zustände" an die Wand gemalt haben. Damals schon der Sound von Erding. Auch damals haben Sie Zuspruch von ganz, ganz weit rechts bekommen: von der NPD. Erwin Huber ist damals im Landtag gerügt worden. Heute stelle ich mir die Frage, ob zu Recht.

Wissen Sie, Herr Aiwanger, was das Problem, was Ihr Problem ist? – Sie kennen offenbar keine roten Linien. Sie wiegeln Menschen auf, um daraus politischen Profit zu schlagen. Für mich ist das ein klares Kennzeichen von Rechtspopulismus.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Gefahr bei Rechtspopulisten ist, dass sie die Grenzen verschieben und gefährliches Denken und gefährliche Sprache salonfähig machen. Damit bereiten sie den Gefährdern der Demokratie den Boden. Genau das ist das Unverantwortliche an Ihren Auftritten. Genau das hat meiner Auffassung nach den Lehrer veranlasst, dieses Flugblatt wieder hervorzuholen. Er hat seine Begründung gegenüber den Medien abgegeben. Was er gemacht hat, ist nicht denunzierend. Was Sie über ihn sagen, ist denunzierend. Bei ihm stelle ich Sorge um die Demokratie fest, Sorge, die auf seinen persönlichen Erfahrungen mit Ihnen gründet.

Sie haben als stellvertretender Ministerpräsident und als Wirtschaftsminister eine hohe Verantwortung für den Freistaat, für die Menschen in diesem Land. Das umfasst zumindest für mich, dass Sie nicht spalten dürfen und nicht aufwiegeln dürfen, sondern eigentlich die Menschen zusammenführen müssen und vor allem die politischen Herausforderungen und die politischen Probleme lösen müssen. Aber dieser Verantwortung sind Sie auch nicht in genügender Weise nachgekommen. Sie tragen als Energieminister entscheidend Verantwortung dafür, dass Bayern beim Ausbau von sauberer und bezahlbarer Energie eben nicht so weit ist, wie wir sein müssten.

Umso schlimmer ist, dass Sie, anstatt diese Probleme, diese Herausforderungen mit verantwortungsvoller Politik anzugehen, jetzt auf Populismus setzen. Das schadet unserem Land, das schadet dem Freistaat Bayern. Deswegen halten wir Sie für ungeeignet für dieses Amt. Wir werden als SPD wie wir es immer getan haben weiterhin jeder Form von Rechtspopulismus entgegentreten, dem Rechtsradikalismus sowieso. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Nächster Redner ist der Kollege Martin Hagen, FDP-Fraktion. Bitte, Herr Kollege.

Martin Hagen (FDP): Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren Vorsitzende! Über den Inhalt des Flugblattes, für das Hubert Aiwanger in seiner Schulzeit zur Rechenschaft gezogen wurde, gibt es, glaube ich, keine zwei Meinungen: eine niederträchtige Verhöhnung der Opfer des Nationalsozialismus, die auch 36 Jahre später noch schockiert und fassungslos macht. Die Berichte diverser Lehrer und Mitschüler über Hitlergrüße im Klassenzimmer, über das Buch "Mein Kampf" im Schulranzen und Ähnliches zeichnen das Bild eines jungen Mannes, der damals ideologisch offenbar auf die ganz schiefe Bahn geraten war.

Ich finde aber – das haben ich und meine Fraktionskollegen von Anfang der Debatte an deutlich gemacht –, dass man jedem Menschen das Recht zugestehen muss, sich zu ändern. Was ein Mensch mit 16 Jahren gesagt oder getan hat, darf ihn nicht ein Leben lang für politische Ämter disqualifizieren. Entscheidend ist vielmehr der aufrichtige Umgang mit der Vergangenheit, der aufrichtige Umgang mit solchen Vorwürfen: ob man das ehrlich und selbstkritisch aufarbeitet, ob man glaubwürdig darlegt, dass man geläutert ist und dem Gedankengut von damals nicht mehr nachhängt, es hinter sich gelassen hat.

Ich sage deutlich, verehrter Herr Minister, lieber Hubert Aiwanger: Ich halte dich, ich halte Sie nicht für einen Antisemiten. Aber Sie haben sich anstatt für eine offene Aufarbeitung dafür entschieden, zunächst einmal zu leugnen und der Presse mit Anwälten zu drohen. Sie haben eine Woche gebraucht, bis Sie sich dann pflichtschuldig mit einer vom Blatt abgelesenen Erklärung entschuldigt haben – wofür eigentlich, das ist bis heute nicht so ganz klar. Sie inszenieren sich – das ist das eigentlich Traurige – als Opfer einer Medienkampagne und versuchen, daraus jetzt auch noch politisches Kapital zu schlagen.

In der Tat kann man über den Stil der ursprünglichen Berichterstattung, die den Stein ins Rollen gebracht hat, diskutieren. Das hat auch in unseren Reihen nicht allen gefallen und nicht alle überzeugt.

Aber schauen wir uns doch mal an, wie Journalisten konservativer Medien die Sache beurteilen: Filipp Piatov von "Bild" kommentiert: "[Aiwangers] Ausreden machen klar: Er ist seines Amtes nicht würdig." – Georg Anastasiadis vom "Münchner Merkur" schreibt, der Skandal beschmutze das Ansehen der Staatsregierung und Bayerns. Christian Nitsche vom Bayerischen Rundfunk kommentiert: "Wer sich an eigene Verfehlungen nur schemenhaft erinnern mag, beschädigt die deutsche Erinnerungskultur insgesamt." Robin Alexander von der "Welt" schreibt: "[Aiwanger] sieht nicht die Opfer. Er sieht sich als Opfer. Das allein ist bestürzend."

Liebe Kolleginnen und Kollegen, keiner dieser Journalisten, keines dieser Medien hat sich bisher linker Umtriebe verdächtig gemacht. Wenn es tatsächlich eine Medienkampagne sein sollte, dann haben sich offenbar alle Journalisten dieses Landes von links bis rechts gegen Sie, Herr Aiwanger, verschworen. Glauben Sie das eigentlich wirklich?

Wer Vorwürfe des Rechtsextremismus und des Antisemitismus behandelt, als ginge es dabei um eine Fensterscheibe, die man als Bub mal eingeschossen hat, der zeigt damit eben einen Mangel an Sensibilität für das Thema Shoah und die anderen Verbrechen des Nationalsozialismus und muss sich Kritik daran auch gefallen lassen, von Medien und auch vom Parlament.

Ministerpräsident Söder wollte Sie, Herr Aiwanger, an der Beantwortung von 25 Fragen messen. Er hat wörtlich erklärt – Zitat –: "Alle Fragen müssen zweifelsfrei geklärt werden. Da darf kein Verdacht übrig bleiben." Wenn man sich jetzt Ihre

Antworten anschaut, Herr Aiwanger, wird wohl niemand, auch nicht der Wohlmeinendste, zu dem Schluss kommen, diese Erwartung von Ministerpräsident Söder sei erfüllt worden. Sie können sich laut Ihren Antworten an nichts erinnern, erklären aber gleichzeitig, es sei ein einschneidendes Erlebnis gewesen, das wichtige gedankliche Prozesse angestoßen habe. – Das mag jeder selbst für sich beurteilen.

Aus meiner Fraktion, vonseiten der FDP, gab es im Nachgang der Berichterstattung über Ihre Vergangenheit keine Rücktrittsforderungen und auch keine Vorverurteilungen, sondern wir haben um Aufklärung gebeten. Wir haben die Sondersitzung des Zwischenausschusses gemeinsam mit anderen Fraktionen einberufen, um Ihnen, um Hubert Aiwanger die Möglichkeit zu geben, Parlament und Öffentlichkeit Rede und Antwort zu stehen, und um uns, den gewählten Vertreterinnen und Vertretern des bayerischen Volkes, zu ermöglichen, uns ein faires, umfassendes Urteil zu bilden.

Ich finde es sehr bedauerlich, dass die Vertreterinnen und Vertreter der Regierungsfractionen CSU und FREIE WÄHLER den Antrag auf eine Ministerbefragung heute abgelehnt haben. Die Brücke, die wir Herrn Aiwanger damit bauen wollten, damit er die Vorwürfe hier und heute ausräumen und Zweifel zerstreuen kann, wurde nicht beschritten. Die Hand, die wir ihm reichen wollten, wurde nicht ergriffen. Wir sind gespannt, ob Herr Aiwanger trotzdem im Verlauf dieser Debatte das Wort ergreifen wird. Wir werden ihn auch daran messen, ob er das tut und was er uns dann zu sagen hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Wochen drehte sich die landespolitische Debatte um den Mangel eines Sechzehnjährigen an politischer Orientierung und geschichtlichem Bewusstsein und um den Mangel eines Zweiundfünfzigjährigen an Reue und Aufrichtigkeit im Umgang damit. Ich wünsche mir, dass wir in den verbleibenden vier Wochen bis zur bayerischen Landtagswahl wieder mehr über andere Themen sprechen: über den Mangel an Lehrerinnen und Lehrern zum Beispiel, den Mangel an Kitaplätzen, den Mangel an Fachkräften, den Mangel an Wohnraum, den Mangel an bezahlbarer Energie. Ich wünsche mir, dass in den verbleibenden vier Wochen bis zur Landtagswahl auch wieder mehr über die wirtschaftspolitische Bilanz von Hubert Aiwanger gesprochen wird; denn die bietet unabhängig von den heute diskutierten Fragen um das Flugblatt und den Umgang damit reichlich Anlass für Kritik. Mit Blick auf Herrn Aiwanger stellt sich nach den Vorwürfen aus seiner Vergangenheit, aber auch nach seinen Reden über die Demokratie in Erding und bei Markus Lanz die Handlungsfrage, noch viel stärker aber die Kompetenzfrage. Herr Aiwanger, Ihr Reden und Handeln in den letzten Tagen und Wochen, aber auch in der vergangenen Legislaturperiode, hat uns weder mit Blick auf die eine noch mit Blick auf die andere Frage überzeugt.

(Beifall bei der FDP sowie Abgeordneten der GRÜNEN und der SPD)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Nächster Redner: Tobias Reiß, CSU-Fraktion.

Tobias Reiß (CSU): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir sind heute hier zusammengekommen, um über schwerwiegende Vorwürfe zu debattieren, die in die Jahre 1987 und 1988 zurückreichen, eine Zeit, die mir persönlich jedenfalls gut erinnerlich ist. Damals begannen in Wunsiedel, keine 15 Kilometer von meinem Heimatort entfernt, anlässlich des Todes des Hitlerstellvertreters Rudolf Heß Aufmärsche der Neonazis. Ich war als junger Erwachsener in Wunsiedel, um gegen diese rechten Aufmärsche zu demonstrieren. Noch heute läuft es mir eiskalt den Rücken runter, wenn ich an diese Bilder denke. Ich habe 1988 Abitur geschrieben und bin gerade auch unter den Eindrücken von Wunsiedel in die CSU eingetreten, um die Demokratie gegen ihre rechten Feinde zu verteidigen.

(Beifall bei der CSU)

Ja, in dieser Zeit wurde im Hause Aiwanger ein widerwärtiges und zutiefst menschenverachtendes Pamphlet erstellt. Sie dürfen es mir glauben, es lässt mich nicht kalt, wenn wir heute darüber diskutieren, ob ein Mitglied der Bayerischen Staatsregierung in seiner Jugendzeit eine antisemitische Gesinnung hatte. Umso mehr will ich Ihren Vorhaltungen, Herr Kollege von Brunn, Herr Hagen, Herr Hartmann, aus voller Überzeugung entgegen: Wir, die Christlich-Soziale Union, die CSU-Landtagsfraktion und gerade auch der Bayerische Ministerpräsident, wir sind die Brandmauer gegen Antisemitismus und gegen rechts.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Lieber Herr Kollege Hartmann, diese Brandmauer hat keinen Riss, wie Sie das heute hier dargestellt haben. Wir lassen uns das von niemandem schlechtreden, auch nicht von Ihnen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Nach dem Zivilisationsbruch der Shoah der Ermordung von Millionen von Juden, ist es uns in Bayern gelungen, wieder ein vielfältiges und lebendiges jüdisches Leben zu etablieren. Im Mai dieses Jahres hat unser Ministerpräsident Markus Söder den Lord-Jakobovits-Preis des europäischen Judentums erhalten.

In Ihnen haben jüdische Menschen in Bayern seit vielen Jahren einen guten, einen verlässlichen Freund, einen festen Partner und einen treuen Verbündeten. Sie sind unser Schutzpatron, Herr Ministerpräsident.

So die Worte von Charlotte Knobloch bei ihrer Rede zur Preisverleihung.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ende Juli begründete der Geschäftsführer der Europäischen Rabbinerkonferenz, Gady Gronich, mit den Worten "Wir fühlen uns hier willkommen" die Entscheidung, in diesem Jahr die Zentrale der Rabbinerkonferenz von London nach München zu verlegen. – Das sind Zeichen starker Verbundenheit der jüdischen Gemeinde mit Bayern. Dafür sind wir zutiefst dankbar. Dafür haben wir in enger Zusammenarbeit mit der jüdischen Gemeinde auch viel getan.

Ein paar Beispiele: Wir haben mit dem Beauftragten für jüdisches Leben und gegen Antisemitismus, Dr. Ludwig Spaenle, seit 2018 auf Vorschlag von Markus Söder einen Ombudsmann aller Jüdinnen und Juden in Bayern. Wir haben in den vergangenen Jahren die Haushaltsmittel für die Erinnerungskultur vervielfacht. Allein die Stiftung Bayerische Gedenkstätten erhält heute über 12 Millionen Euro und damit fast dreimal so viel wie 2007, als unser Vizepräsident des Bayerischen Landtags, Karl Freller, dieses Amt als Direktor der Stiftung übernommen hat. Stellvertretend für viele Menschen, die sich hauptamtlich und ehrenamtlich in der Erinnerungsarbeit einbringen, möchte ich dir, lieber Charly Freller, an dieser Stelle herzlich danken.

(Beifall bei der CSU, den GRÜNEN, den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der FDP)

Wir verfolgen bei antisemitischen Straftaten eine Null-Toleranz-Politik. Wir haben seit 2018 bei allen drei Generalstaatsanwaltschaften jeweils einen Antisemitismusbeauftragten, der engen Kontakt zur jüdischen Gemeinde hält. Wir leisten umfassende Präventionsarbeit, etwa mit dem im November 2022 freigeschalteten Schulportal "Bayern gegen Antisemitismus". Wir haben im Mai 2022 ein Gesamtkonzept "Jüdisches Leben und Bekämpfung des Antisemitismus" beschlossen. Wir be-

kämpfen hier in Bayern alle Formen von Antisemitismus und Extremismus konsequent.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Und ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, leider wurde diese Arbeit in den letzten beiden Wochen von den Vorwürfen gegen den stellvertretenden Ministerpräsidenten sehr belastet. Die Berichte seit vergangener Woche in der Flugblatt-Affäre über Verfehlungen aus Hubert Aiwangers Schulzeit enthalten gravierende Vorwürfe. Das ekelhafte und menschenverachtende Flugblatt hat zu Verletzungen bei den Opfern der Shoah, deren Angehörigen und den Opfern des Nationalsozialismus geführt. Es hat viele Menschen fassungslos gemacht. Es sind Vorwürfe, die das Ansehen Bayerns schädigen und auch die Glaubwürdigkeit des stellvertretenden Ministerpräsidenten sehr belasten. Diese Glaubwürdigkeit hat – das muss man auch so klar sagen – durch den Umgang mit den Vorwürfen und auch das Krisenmanagement weiteren Schaden genommen. Aufrecht, mutig und direkt heraus sein, das muss man nicht nur im Bierzelt, wo vielleicht die Leute jubeln.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD sowie Abgeordneten der CSU)

Die plötzliche Zurückhaltung war hier, auch für viele in unserer Fraktion, irritierend. Nicht nur wir als CSU haben daher eine schnellere und offenere Aufklärung gewünscht. Josef Schuster, der Präsident des Zentralrats der Juden – Herr Kollege Hartmann hat ihn bereits zitiert –, brachte es am 4. September 2023 in der ARD auf den Punkt, als er beklagte, dass er Reue und Demut nicht feststellen könne, stattdessen das Mittel der Täter-Opfer-Umkehr. Um es klar zu sagen: Ich kann die zurückhaltenden Stellungnahmen nicht nur aus der jüdischen Gemeinde verstehen, etwa von Charlotte Knobloch, die Hubert Aiwangers Entschuldigung nicht angenommen hat.

Tatsache ist aber auch: Einen Beweis, dass er das Flugblatt verfasst oder verbreitet hat, gibt es bis heute nicht. Dagegen steht seine Erklärung, dass er es nicht war. Ministerpräsident Markus Söder hatte nun nach Artikel 45 der Bayerischen Verfassung zu entscheiden, ob Hubert Aiwanger im Amt bleiben kann oder nicht. Da geht es auch nicht, Herr Kollege Hartmann, um ein Wohlfühlen oder um Taktieren, was uns hier manchmal entgegengehalten wurde. Das Gegenteil ist der Fall. Unser Ministerpräsident hat nicht taktiert, sondern er hat tatsächlich den Takt der Aufklärung vorgegeben. Er hat und war stets Herr des Verfahrens, und er hat auf der Grundlage der vorliegenden Vorwürfe und dessen, was davon bewiesen ist, eine transparente, fundierte und wohl abgewogene Entscheidung mit Augenmaß und Haltung getroffen. Er hat sich dabei nicht vom Geschrei der Opposition unter Druck setzen lassen. Sie haben sich die Vorwürfe ohne jedes kritische Hinterfragen zu eigen gemacht, während beispielsweise sogar dem "Spiegel" die Informationen für eine eigene Berichterstattung zunächst nicht ausreichten. Markus Söder hingegen hat Fakten gesammelt, hat sie bewertet, hat sich ein eigenes Bild gemacht in seiner Verantwortung als Bayerischer Ministerpräsident. Er hat Hubert Aiwanger die Möglichkeit gegeben, zu den Vorwürfen schriftlich und in einem persönlichen Gespräch Stellung zu nehmen. Herr Kollege Hagen, was hier eine eidesstattliche Versicherung bedeuten oder bringen soll, kann ich an der Stelle nicht nachvollziehen. Entweder es gibt klare Beweise oder eine Unschuldsvermutung. Das ist unser Rechtsstaat.

Am Ende hat sich unser Ministerpräsident auch noch bei Josef Schuster und Charlotte Knobloch rückversichert. Er hat weder Vorverurteilung betrieben noch irgendwelche Verschwörungstheorien verbreitet. Für mich steht fest: Er hat richtig entschieden.

Hubert Aiwanger hat letztendlich – zwar spät, aber doch – Einsicht gezeigt und sich für die Verfehlungen in seiner Jugendzeit entschuldigt. Selbst die Opposition kann offensichtlich seit dem Vorfall damals keine vergleichbaren Vorfälle finden. Das sagt zum Beispiel auch Herr Kollege Muthmann, ein Kollege, der ehemals bei den FREIEN WÄHLERN war und heute bei der FDP ist. Mit ihm habe ich mich, gerade auch in dieser Zeit des Wechsels, sehr häufig ausgetauscht, auch über sein Verhältnis zu Hubert Aiwanger. Er sagt ganz klar: Als Antisemiten habe ich ihn nicht kennengelernt. – Und ja, die genannten Vorwürfe liegen 35 Jahre zurück. Menschen können sich ändern. Unser ganzes Strafrecht gründet auf dieser Annahme.

Als Nächster ist der stellvertretende Ministerpräsident selbst an der Reihe. Charlotte Knobloch hat es treffend formuliert:

Er muss Vertrauen wiederherstellen und deutlich machen, dass seine Aktionen demokratisch und rechtlich gefestigt sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie sich die Dinge heute darstellen und mit der Entscheidung des Ministerpräsidenten ist die Debatte über das Thema für uns als CSU-Fraktion beendet. Ich hoffe wie auch Sie, dass in der öffentlichen Diskussion und in diesem Wahlkampf wieder mehr über Sachthemen diskutiert werden wird, dass vielleicht auch den Damen und Herren aus den Ampel-Parteien klar wird, dass die Berliner Politik desaströs ist und wir davon nicht ablenken dürfen. Wir brauchen einen anderen Politikstil in unserem Land als den, durch den die Sicherheit und das Vertrauen in die Politik gelitten haben.

Im neuesten Deutschlandtrend sind nur noch 19 % der Befragten mit der Arbeit der Bundesregierung zufrieden. Das spricht eine deutliche Sprache. Angesichts eines solchen Vertrauensverlusts rate ich gerade meinen Vorrednern: Kümmern Sie sich um die Politik Ihrer Parteifreunde in Berlin. Kümmern Sie sich um die Probleme der Menschen. Kümmern Sie sich darum, dass Deutschland nicht zum "kranken Mann Europas" wird, wie der "Economist" Deutschland jüngst betitelt hat.

Wir von der CSU dagegen stehen für Stabilität und Sicherheit in unsicheren Zeiten. Wir sorgen dafür, dass Bayern für alle, besonders auch für unsere jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürger, eine sichere Heimat bleibt. Wir halten dieses Land zusammen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Herr Kollege Reiß, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Es gibt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Kollegen Christoph Maier von der AfD-Fraktion.

Christoph Maier (AfD): Herr Kollege Reiß, ein über 35 Jahre altes Flugblatt dominiert den Landtagswahlkampf, der heute hier im Bayerischen Landtag, im Parlament, seine Fortsetzung findet. Gleichzeitig steigen die Asylzahlen in Bayern massiv an. Die Kommunen sind überlastet. Turnhallen werden wieder als Unterkünfte für Asylsuchende zweckentfremdet. Zwangszuweisungen an die Gemeinden stehen auf der Tagesordnung. Das Asylproblem ist bis heute nicht gelöst. Gleichzeitig haben Sie den Ausstieg aus der Kernenergie vorangetrieben und beklagen sich heute, dass unser Land wieder zukunftsweisende Ansätze braucht, und befürworten nun den Wiedereinstieg in die Kernkraft. Kommt Ihnen die Kampagne gegen Hubert Aiwanger vielleicht insgeheim ganz gelegen, um vom Versagen der Bayerischen Staatsregierung abzulenken?

(Beifall bei der AfD)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Herr Kollege Reiß.

Tobias Reiß (CSU): Herr Kollege Maier, Ihre Einlassung ist nicht nur für die CSU-Fraktion beleidigend, sie ist auch ein Zeichen Ihrer Haltung, dass Sie diese Sitzung des Zwischenausschusses als Bühne nutzen wollen, um Ihre Parolen zu verbreiten. Ich gehe Ihnen nicht auf den Leim.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Der nächste Redner ist der Kollege Ulrich Singer für die AfD-Fraktion. Bitte, Herr Kollege.

Ulrich Singer (AfD): Geschätzter Herr Vorsitzender, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! In dieser Flugblatt-Affäre ist auch unser Ministerpräsident Söder, nicht wirklich durch ein besonnenes Verhalten aufgefallen. Sein Verhalten war am Anfang eher zögerlich. Sie waren kein guter Krisenmanager. Minister Aiwanger wurde von Ihnen wie ein Schuljunge behandelt. Er sollte 25 Fragen beantworten. Fristgerecht, vollständig, artig und brav sollte er Ihre Fragen beantworten. Einige Fragen waren so gestellt, dass man sie meines Erachtens kaum irgendwie befriedigend hätte beantworten können. Egal wie unbefriedigend seine Antworten auch waren, war doch eines ganz klar, nämlich dass der Ministerpräsident Söder an Minister Aiwanger festhalten muss, schon allein deshalb, um die Regierungskoalition in Bayern nicht zu gefährden. Wir haben also ein politisches Schmierentheater erlebt.

Ich möchte auf der Sachebene festhalten: Antisemitismus hat in Bayern keinen Platz und wird hier auch nicht geduldet.

(Beifall bei der AfD)

Die "Süddeutsche Zeitung" hat etwas berichtet, was sich im Nachhinein nicht bestätigte. Die ursprünglichen Berichte müssen deshalb eigentlich als falsch bezeichnet werden; es handelte sich um eine Verdachtsberichterstattung. So etwas ist mitten im Wahlkampf eine massive Einflussnahme dieser Zeitung gewesen, um die Regierung in Bayern ins Wanken zu bringen.

Ich halte fest: Das unsägliche Flugblatt, um das es hier geht, stammt nach aktueller Beweislage – nur auf die Beweislage kommt es an – nicht aus der Feder des damals noch minderjährigen heutigen Wirtschaftsministers. Er hat sich zwar zunächst zurückgehalten und nur spärlich kommuniziert. Er hat sich mittlerweile aber entschuldigt. Außerdem liegen die Vorgänge 35 Jahre zurück.

Ich möchte an dieser Stelle die Ausführungen des Kollegen Reiß nicht wiederholen. Sie haben ausführlich dargelegt, weshalb die Angelegenheit als aufgearbeitet und abgeschlossen angesehen werden muss. Ich halte es für unerhört, dass sich ausgerechnet die angeblich so toleranten GRÜNEN und die SPD damit nicht zufriedengeben und einem Menschen nicht zugestehen wollen, dass er vor 35 Jahren zwar Fehler gemacht, aber sich auch weiterentwickelt hat und jetzt auch ein anderer Mensch ist.

Geschätzte Kollegen von den GRÜNEN und der SPD, in Wahrheit versuchen Sie doch, von dem eigentlichen Skandal abzulenken. Dieser Skandal ist, dass es sich bei dem Lehrer, der 1988 an dem Disziplinarverfahren beteiligt war und Schulgeheimnisse gesammelt und diese jetzt verraten hat, um einen SPD-Lokalpolitiker handeln soll.

(Beifall bei der AfD)

Dieser Lehrer wusste doch vor 35 Jahren gar nicht, dass aus dem damaligen Schüler irgendwann einmal ein Landesminister wird. Das wirft Fragen auf: Sammeln die SPD-nahen Lehrer auch über andere Schüler Informationen? Werden von ihnen Akten angelegt, die später gezielt politisch instrumentalisiert werden, wie wir es in dem vorliegenden Fall erleben? Hat das bei der SPD Methode? Wird das von den GRÜNEN oder der SPD gebilligt? Herr Kollege von Brunn, Sie haben doch gerade selbst gesagt, dass der Schutzraum Schule in bestimmten Fällen aufgegeben werden muss, sogar nach 35 Jahren. Das heißt, Unterlagen werden gesammelt und können noch nach 35 Jahren herausgeholt werden, um in Einzelfällen den Schutzraum Schule aufzuheben. So etwas ist verabscheuenswürdig.

(Beifall bei der AfD)

Liebe Kollegen von den GRÜNEN, der SPD und in dem Fall auch von der FDP, wenn Sie der Meinung sind, wie Sie es in Ihrem Antrag darstellen, dass die Debatte um den Staatsminister – ich zitiere – "dem Ansehen des Freistaates Bayern massiv schadet", warum stellen Sie dann überhaupt so einen Antrag? Warum führen wir dann heute diese Debatte in diesem Haus?

Lassen Sie uns doch lieber über etwas anderes reden. Reden wir doch lieber mal über die kaputte Ampel-Regierung in Berlin. Null Prozent der Befragten sind laut einer Umfrage sehr zufrieden mit der Arbeit der Bundesregierung. Nur 19 % sind noch zufrieden. Die desolante Arbeit in Berlin wäre doch ein viel wichtigerer Grund, diesen Zwischenausschuss einzuberufen, und zwar mit der Forderung, dass auf Bundesebene Neuwahlen durchgeführt werden.

(Beifall bei der AfD)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Als nächstem Redner erteile ich dem Fraktionsvorsitzenden der FREIEN WÄHLER Florian Streibl das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, sehr geehrter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zu Beginn meiner Rede ein paar Dinge festhalten: Das Flugblatt, um das es heute geht, ist zutiefst abstoßend, menschenverachtend und ekelhaft. Wir von den FREIEN WÄHLERN distanzieren uns wie wir alle hier maximal vom Inhalt dieses Flugblattes.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir als Fraktion im Bayerischen Landtag haben schon immer deutlich unsere Stimme gegen jede Form von Antisemitismus erhoben und im Jahr 2021 unter anderem eine entsprechende interfraktionelle Resolution ins Parlament eingebracht. Diese möchten wir heute erneuern.

Gerade Antisemitismuskorrekturen wiegen für einen Politiker besonders schwer. Wenn wir als Fraktion Anlass hätten, an den Aussagen Hubert Aiwangers oder an seiner demokratischen Gesinnung zu zweifeln, hätten wir selbst schon Konsequenzen gezogen. Ich sage ganz klar: Für uns FREIE WÄHLER haben Antisemitismus, Rassismus und Fremdenhass nirgends einen Platz, und schon gar nicht im Freistaat Bayern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Es wurde daher auch zu Recht gefordert, dass der Sachverhalt um dieses vor 35 Jahren in der Schule in Mallersdorf aufgetauchte Pamphlet aufgeklärt wird. Diese Forderung haben ebenso wir an Hubert Aiwanger gerichtet.

Meine Damen und Herren, dies ist nun die Faktenlage: Hubert Aiwanger hat glaubhaft versichert, nicht der Verfasser des Flugblattes zu sein, und hat sich maximal vom Inhalt dieses Pamphlets distanziert. Zudem hat der eigentliche Verfasser seine Schuld öffentlich eingestanden. Daneben gibt es noch einige schlimme Vorwürfe angeblicher ehemaliger Mitschüler, die aber größtenteils anonym bleiben wollen. Im Übrigen gibt es aber auch ebenso viele Mitschüler, die Hubert Aiwanger entlasten, und das unter Klarnamen. Was also derzeit von den ursprünglichen Verdächtigungen als einziger wirklicher Fakt übrigbleibt, ist, dass der damals 16-jährige Hubert Aiwanger eine Kopie oder wenige Kopien dieses unsäglichen Flugblattes in seinem Schulranzen hatte.

Kommen wir zu dem Vorwurf, dass allein schon dieser Tatbestand ausreichend sein soll, um Hubert Aiwanger eine antisemitische Gesinnung zu unterstellen. Nochmals: Hubert Aiwanger hat sich mehrmals öffentlich und deutlich vom Inhalt dieses Pamphlets distanziert. Er hat sich zudem aufrichtig bei allen Opfern des NS-Regimes und den Hinterbliebenen entschuldigt, deren Gefühle er durch Verfehlungen in seiner Jugend oder im Rahmen dieser Diskussion verletzt haben könnte. Er hat vor allen Dingen mehrmals deutlich betont: Der 16-Jährige, der heute durch die Gazetten gezerzt wird, ist nicht der Hubert Aiwanger, den wir heute als Politiker und Mensch kennen. Diese Aussage bekräftigen und unterstreichen viele seiner politischen Weggefährten, und dies bekräftige und unterstreiche übrigens auch ich als politischer Weggefährte von Hubert Aiwanger.

Glauben Sie mir, auch wir seitens der Fraktion haben uns eine schnelle Aufklärung gewünscht. Diese Aufklärung innerhalb einer Woche zu liefern, ist bei dem Sachverhalt sehr gut, meine Damen und Herren.

Wir dürfen nicht vergessen, dass Hubert Aiwanger nicht nur Politiker, stellvertretender Ministerpräsident und Wirtschaftsminister ist, sondern er ist vor allem auch Mensch. Es erfordert Mut, Fehler einzugestehen. Diesen Mut hat Hubert Aiwanger bewiesen. Noch viel schwerer ist es, wenn man für eine Aufklärung die eigene Familie, den Bruder, belastet. Ich glaube, wir müssen dem Menschen Hubert Aiwanger zugestehen, dass sein Statement vielleicht auch mal etwas länger dauert und nicht sofort wie aus der Pistole geschossen kommt. Wir müssen ihm auch zugestehen, dass er sich gegen das schlimme Bild, das hier gezeichnet wurde, auf Basis von Verdächtigungen, nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen seine Familie, zur Wehr setzt.

Zusammengefasst: Es bleibt also bei dem einzigen gesicherten Kerntatbestand, dass ein minderjähriger Schüler ein Exemplar oder Exemplare eines Flugblattes in der Schultasche hatte. Wenn es nach der Opposition ginge, sollte dieser Schüler heute, über 35 Jahre später, ein erfolgreicher und beliebter Politiker aus den Regierungsräten entlassen werden.

Meine Damen und Herren, mir ist völlig klar, dass hier bei manchen die Nerven blank liegen, so kurz vor der Wahl. Aber spiegelt sich hier nicht auch eine gewisse Doppelmoral? Hubert Aiwanger wird Populismus unterstellt. Dabei wird gleichzeitig für amerikanische Wahlkampfverhältnisse gesorgt. Das merken die Menschen in unserem Land. Ich denke, wir müssen hier vorsichtig sein.

Sie maßen sich an, darüber zu urteilen, welche moralische Schuld so schwer wiegt, dass man auch 35 Jahre später keine Verantwortung mehr in diesem Land tragen darf. Dabei klammern Sie alle die Frage aus, um die es heute eigentlich gehen soll. Das tun Sie wohlweislich, weil die Antwort nicht passt. Viele von Ihnen hier im Saal kennen Hubert Aiwanger schon seit vielen Jahren. Die Frage, um die es hier geht, lautet: Ist Hubert Aiwanger ein Antisemit? – Die Antwort auf diese Frage lautet eindeutig: Nein, das ist er nicht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wenn Sie heute für die Entlassung von Hubert Aiwanger aus dem bayerischen Kabinett stimmen, geben Sie ein Signal an die Menschen draußen, an unsere Jugend, dass man, egal welche Jugendsünde oder Schuld man in der Jugend auf sich lädt, immer zur Verantwortung gezogen werden kann und die ganze Familie mit Diffamierung überzogen werden kann. Das ist nicht die Botschaft, die wir als Volksvertreter heute geben wollen, sondern die Botschaft muss lauten: Auch wer mal großen Mist gebaut hat, der kann Vizeministerpräsident sein, wie auch in anderen Fällen, auf Bundesebene der Vizekanzler.

Meine Damen und Herren, Antisemitismuskorrekturen wiegen aufgrund unserer geschichtlichen Verantwortung schwerer als viele andere Taten. Deswegen kann und darf die Devise nicht heißen "Schwamm drüber!". Auch wir erwarten als Fraktion, dass Hubert Aiwanger alles tut, um verlorengegangenes Vertrauen wiederherzustellen, insbesondere bei unseren jüdischen Geschwistern. Diese Chance hat er auf jeden Fall verdient, und zwar außerhalb der Wahlkampfarenen; denn einen guten Politiker macht nicht aus, dass er nie in seinem Leben Fehler macht, sondern ihn macht aus, dass er aus diesen Fehlern lernt und sie nicht wiederholt.

Sollte heute nicht die Frage im Vordergrund stehen: Was ist das Beste für den Freistaat Bayern? Es hat sich gezeigt: Das Beste für den Freistaat Bayern ist diese Bayernkoalition, meine Damen und Herren. Das haben wir in den letzten fünf Jahren trotz epochaler Krisen deutlich unter Beweis gestellt.

Herr von Brunn, Sie überziehen in Ihren Presseerklärungen die gesamten FREIEN WÄHLER mit Unterstellungen. Sie sollten einmal überlegen, auf welcher Grundlage diese Meldungen fußen. Sehen Sie in unserer Regierungsarbeit oder in unserer Oppositionsarbeit über 15 Jahre hier im Parlament einen Grund, uns in die rechte Ecke zu stellen, die wir uns in den letzten Jahren massiv dagegen gewehrt und dagegen gekämpft haben? – Ich sehe das nicht. Bitte seien Sie hier auch gerecht. Wenn wir die Ampel-Regierung kritisieren, so tun wir das meistens mit Fakten.

(Zuruf von den GRÜNEN: Meistens! – Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, insbesondere Hubert Aiwanger hat als Wirtschaftsminister viel Gutes für dieses Land getan. Trotz Energie- und Corona-Krise steht dieser Freistaat gut da. Hubert Aiwanger hat mit unserem Ministerpräsidenten und dieser Staatsregierung diesen Freistaat gut durch diese Krisen geführt. Ich denke, das zählt und wiegt sehr viel.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Daher danke ich auch unserem Ministerpräsidenten Dr. Markus Söder für seine ausgewogene, besonnene und faire Entscheidung vergangenen Sonntag.

Ich möchte es hier noch einmal bekräftigen: Wir sind in dieser Koalition die Brandmauer gegen Antisemitismus, die Brandmauer gegen rechts.

(Lachen bei Abgeordneten der AfD)

– Tja, der Narr lacht zuerst. – Wir wollen uns hier eindeutig für unseren Freistaat zum "Leben und leben lassen" bekennen und unseren jüdischen Mitbürgern sagen: Wir stehen an ihrer Seite, wir stehen zu ihnen, und sie gehören zu uns, sie sind Teil von uns, sie sind Teil unserer Heimat, und Bayern wäre nicht Bayern, wenn sie nicht da wären. In dem Sinne hoffe ich, dass wir jetzt wieder Sachthemen bearbei-

ten können und uns nicht mit den Biografien einzelner beschäftigen, was diese in ihrer Jugend und Kindheit getan haben.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Meine Damen und Herren, eine Zwischenbemerkung von Herrn Prof. Dr. Hahn, AfD-Fraktion. Bitte schön.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Kollege Streibl von den FREIEN WÄHLERN, ich glaube, wir sind uns alle einig – das haben Sie auch betont –, dass wir gegen Antisemitismus sind. Wichtig ist in diesem Zusammenhang aber, dass das kein reines Lippenbekenntnis ist, sondern dass man wirklich dagegen ist. Sie haben heute als FREIE WÄHLER zusammen mit der CSU eine ehemalige Resolution noch mal eingebracht. Das zeigt eigentlich, dass diese "Brandmauer", die Sie angesprochen haben, ein reines Lippenbekenntnis ist. Wir haben damals schon kritisiert: Sie registrieren überhaupt nicht, dass wir seit 2015 einen zunehmenden islamischen Antisemitismus haben. Wir haben auch einen politischen Antisemitismus von links. Davon ist in Ihrem Antrag kein Wort zu finden. Ich meine, mit der illegalen Masseneinwanderung hat sich auch in den letzten zwei Jahren sehr viel geändert. Hier wird ja nun auch genau dieses Problem – – Hier wird also eigentlich seit Jahren Antisemitismus importiert. Dazu haben Sie jetzt kein Wort verloren. Deshalb frage ich Sie: Wann machen Sie denn auch dazu die Augen auf und blicken nicht immer nur rechts, sondern haben vielleicht einmal alles im Auge, was die Freiheit und die Rechte der Menschen – natürlich auch der Juden – in diesem Land angeht?

Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Es ist sehr bezeichnend, dass Sie diese Bühne suchen und diesen Ort und diese Debatte hierfür missbrauchen.

(Zurufe von der AfD: Oh!)

Es ist noch bezeichnender, dass das jemand aus einer Fraktion tut, der bei der Rede der Präsidentin Charlotte Knobloch den Saal verlassen hat.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Nächste Rednerin ist Frau Fraktionsvorsitzende Schulze, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte sehr, Frau Kollegin.

Katharina Schulze (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, liebe Kolleginnen und Kollegen! Mein Kollege Ludwig Hartmann hat vorhin verdeutlicht, wie viele Fragen noch offen sind. Davon haben Sie keine beantwortet. Diese Unklarheit ist schmerzhaft für die jüdischen Bürgerinnen und Bürger, die in den letzten zwei Wochen erneut erleben mussten, dass jahrzehntelange Erinnerungsarbeit wohl in Frage steht. Diese Unklarheit ist schmerzhaft für all diejenigen, die sich Sorgen um unsere Demokratie machen.

Ich mache mir Sorgen um unsere Demokratie. Ich bin politisch aktiv geworden, weil meine Schule mich die Wichtigkeit von Zivilcourage gelehrt hat. Als ehemalige Schülerin des Christoph-Probst-Gymnasiums in Gilching habe ich gelernt, wie zerbrechlich unsere Demokratie ist, dass es nicht selbstverständlich ist, in Frieden, in Freiheit und in Sicherheit zu leben, und dass es auch meine Aufgabe sowie die Aufgabe aller Demokratinnen und Demokraten ist, dafür zu sorgen, dass unsere Demokratie stark und intakt bleibt.

Die momentanen Entwicklungen sehe ich deswegen mit großer Sorge. Hass und Hetze nehmen zu und eskalieren rasant im Netz. Aus Worten werden immer häufi-

ger Taten. Rassismus, Antisemitismus und Demokratiefeindlichkeit nehmen zu. Desinformationskampagnen und Fake News sind nicht mehr nur Phänomene, die wir kopfschüttelnd aus den USA kennen, sondern auch bei uns schon Realität.

(Zuruf des Abgeordneten Ulrich Singer (AfD))

Wenn dann auch noch demokratische Parteien diese Welle mitreiten, gerne einmal ein bisschen Öl ins Feuer gießen oder sich in Trump-Manier äußern, wie zum Beispiel Hubert Aiwanger bei der Demonstration in Erding, wo er darüber schwadronierte, dass die – ich zitiere – schweigende Mehrheit sich die Demokratie zurückholen müsse, ist das brandgefährlich und normalisiert solche Aussagen. Ich sage es hier klar und deutlich: Das Lied der Rechtspopulisten zu singen, macht deren Chor nur lauter und größer. Das ist fatal, und kein Demokrat und keine Demokratin darf dergleichen tun.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Das ist aber nicht alles. Jetzt wird der Aufklärungswille noch als "Schmutzkampagne" diffamiert. Ich möchte hier einmal deutlich sagen: Wenn legitimer Aufklärungswille als Denunziation angeprangert wird, sind wir nicht weit entfernt von dunklen Zeiten. Wenn die freie Presse angegriffen wird, wird eine wichtige Säule unserer Demokratie angegriffen. Ich sage: Hören Sie damit auf!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fakt ist: Die 25 Fragen von Markus Söder hat Hubert Aiwanger äußerst spärlich beantwortet. Die Antworten sind nichtssagend und voller Widersprüche. Die schwerwiegenden Vorwürfe sind nicht alle ausgeräumt, und jetzt inszeniert sich Hubert Aiwanger auch noch als Opfer einer vermeintlichen Kampagne. Woher Sie, Herr Söder, die Gewissheit nehmen, dass Hubert Aiwanger auf einmal Demut und Einsicht zeigen soll, ist mir ehrlich gesagt schleierhaft. Dies zusammen mit den Aussagen Hubert Aiwangers in Erding lassen uns zu dem klaren Schluss gelangen: Als stellvertretender Bayerischer Ministerpräsident ist Hubert Aiwanger nicht mehr tragbar.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Hier kommt dann auch Markus Söder und seine Verantwortung als Ministerpräsident ins Spiel. Allein der Anschein von Antisemitismus in der Bayerischen Staatsregierung schadet dem Ansehen Bayerns. Als Ministerpräsident haben Sie die Aufgabe, Schaden vom Land abzuwenden. Ich finde es schade, Herr Söder, dass Sie es nicht geschafft haben, Haltung zu zeigen, sondern sich für Taktik entschieden haben.

Ich möchte dies auch persönlich begründen: Für mich ist bei Ihrer Entscheidung am Sonntag, als Sie gesagt haben, Sie möchten Hubert Aiwanger als stellvertretenden Ministerpräsidenten im Amt halten, etwas zerbrochen; denn in der gesamten Causa Aiwanger geht es ja nicht nur darum, dass Hubert Aiwanger vor 35 Jahren ein antisemitisches Flugblatt in der Tasche hatte und er als 52-Jähriger Reue, Demut und Aufklärungswillen vermissen lässt, sondern es geht eigentlich um etwas Grundsätzlicheres: Wie halten wir es mit dem demokratischen Grundkonsens? Wie halten wir es mit der Erinnerungskultur?

Ich war mir eigentlich stets sicher, dass wir demokratischen Parteien bei aller Unterschiedlichkeit und Streit, auch zu Fachthemen, diesen klaren gemeinsamen Grundkonsens haben, unserer historischen Verantwortung immer gerecht werden, jegliche Form von Antisemitismus immer und überall entschieden zurückweisen, als demokratische Parteien unsere Demokratie stärken und Vorbilder sind. Herr

Söder und Herr Aiwanger, ich finde, Sie haben diesen Konsens gefährdet, und das finde ich schlecht für unser Land.

Zum Schluss möchte ich Sie noch fragen, ob Sie die vielen Statements jüdischer Organisationen im In- und Ausland gelesen haben. Jüdische Verbände, Shoah-Überlebende und Zeitzeugen, es gibt viele Stimmen, für die die Angelegenheit nicht abgehakt ist, die Sie nach der heutigen Sitzung abhaken möchten. So schreibt zum Beispiel das Internationale Auschwitz Komitee auf "Twitter" zu Hubert Aiwangers Aussage, er sei selbst ein Opfer und solle politisch vernichtet werden – ich zitiere –:

Allein der gewählte Begriff "Vernichtung" ist für Überlebende des Holocaust in diesem Zusammenhang aus dem eigenen Erleben heraus unangemessen und unerträglich. All diese Geschehnisse der vergangenen Tage lassen die rechts-extreme Szene in Deutschland jubeln und führen im Gegensatz hierzu zu einer zunehmenden Verstörung und Veränderung des Bildes, das Überlebende des Holocaust von der deutschen Politik und der von ihr geförderten Erinnerungskultur bisher hatten.

Diesen Worten kann ich und können wir GRÜNE uns komplett anschließen.

Sie beide tragen als Ministerpräsident und stellvertretender Ministerpräsident die Verantwortung, Schaden von unserem Land abzuwenden. Ich finde, Sie haben auch die Verantwortung, Transparenz und Klarheit herzustellen, wenn noch Fragen offen sind. Ich erwarte von Ihnen beiden, dass Sie hier heute noch das Wort ergreifen und die offenen Fragen beantworten. Sie können das in dieser Sondersitzung jederzeit tun. Wir finden, nie wäre es nötiger als heute, sich hier noch einmal dazu zu äußern.

(Beifall bei den GRÜNEN, Abgeordneten der SPD sowie des Abgeordneten Martin Hagen (FDP))

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Nächster Redner ist Herr Prof. Dr. Hahn, AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Vorsitzender, werte Kolleginnen und Kollegen! Heute findet also die erste und wahrscheinlich auch letzte Sitzung des Zwischenausschusses hier im Bayerischen Landtag statt. Aber warum treffen wir uns heute eigentlich noch? Der Ministerpräsident hat doch in der Pressekonferenz am vergangenen Sonntag bereits entschieden, dass Herr Aiwanger Wirtschaftsminister im Kabinett bleiben wird. Dass Herr Dr. Söder an Herrn Aiwanger festhält, war absehbar; denn ohne FREIE WÄHLER als Mehrheitsbeschaffer wäre Söder eines Großteils seiner Macht beraubt. Hubert Aiwanger wurde der linksgrünen Presse nach der Rede in Erding zu unbequem, die nun – das ist für jeden Wähler in Bayern offenkundig – der chancenlosen bayerischen Ampel aus SPD, GRÜNEN und FDP Auftrieb geben und Wahlkampfunterstützung leisten wollte. Als AfD wissen wir nur allzu gut, was es bedeutet, im Kreuzfeuer zu stehen, weil wir der wahre Stachel im Fleisch der linksgrünen Ökosozialisten sind.

(Beifall bei der AfD)

Also wozu diese Veranstaltung heute noch? Oder dürfen wir auch 25 Fragen stellen wie Herr Söder, zum Beispiel an die SPD? Wie denkt die Fraktionsspitze darüber, dass ein ehemaliger Lehrer des Herrn Aiwanger und SPD-Aktivist die Kampagne mit einem Bruch des Dienstgeheimnisses erst losgetreten hat? Wie kommt Herr von Brunn dazu, das Andenken einer der mutigsten Deutschen, So-

phie Scholl, für seine Wahlkampfkampagne billig zu missbrauchen? Wie gedenkt man über die Erinnerungslücken des roten Kanzlers Scholz im Cum-Ex-Skandal zu urteilen, wenn man Herrn Aiwanger schon Verfehlungen als Jugendlichen vorhält? – Müsste der Kanzler dann nicht schon zehnmal zurücktreten?

Wir haben einige Fragen an die GRÜNEN: Was sagt man über die Verfehlungen des Herrn Joschka Fischer, der nachweislich Polizisten mit Steinen beworfen hat und die Verletzungen billigend in Kauf nahm? Wie geht man in der Partei heute mit dem menschenverachtenden Gedankengut des Massenmörders Mao um, dessen glühender Anhänger nachweislich der grüne Ministerpräsident Kretschmann war? Herr Söder fährt mit ihm gerne auf dem Bodensee.

Wir haben einige Fragen an die FDP: Glauben Sie wirklich, mit dem Dolche im Gewande noch über die Fünf-Prozent-Hürde zu springen, um sich Herrn Söder dann als willfähiger Miniatur-Koalitionspartner anzubiedern?

(Zuruf von der AfD: Nein!)

– Das glaube ich auch nicht. Machen Sie in der Bundesregierung einfach alles mit, was ihre linksgrünen Genossen so vor sich zusammenspinnen?

Wir haben aber auch noch ein paar Fragen an die FREIEN WÄHLER: Sollte man nicht eher den eigenen Laden im Griff haben und von fragwürdigem Gedankengut säubern, bevor man grundständige Fraktionen wie die AfD ständig in Ausschuss und Plenum unbotmäßig und ohne Belege mit dem eigenen Schmutz bewirft?

(Beifall bei der AfD)

Wie können Sie dem Wähler jetzt noch glaubhaft machen, dass man in einer möglichen neuen Regierung mit der CSU überhaupt Akzente setzen wird, wenn die FREIEN WÄHLER und ihr Zugpferd Aiwanger nur noch aufgrund der Gnade des Ministerpräsidenten mitspielen dürfen? Meine Parteifreundin Katrin Ebner-Steiner hat es vor Kurzem folgendermaßen ausgedrückt – ich zitiere –: "Aiwanger ist der brüllende Bierzelttiger, der als Schmusekätzchen bei Söder auf dem Arm landet."

Zuletzt haben wir noch Fragen an die CSU: Wie kann sich die CSU zum großen Moralapostel stilisieren, die doch in dieser Legislaturperiode gleich mehrere Untersuchungsausschüsse erdulden musste, die sich alle um die dunklen Amigo-Geschäfte der CSU-Granden drehten? Welche Glaubwürdigkeit besitzt die CSU, wenn sie je nach politischer Großwetterlage ihre Meinung täglich ändert? – Mal Kernkraft ja, dann wieder nein und jetzt wieder ja. Ist dem Ministerpräsidenten Söder wirklich zu trauen, wenn er jetzt kurz vor der Wahl Schwarz-Grün abschließt?

Zum Abschluss: Wenn Sie, werte Kartellparteien, all diese Fragen befriedigend und wahrheitsgemäß beantwortet haben, dann, ja dann dürfen Sie Ihre Ämter und Mandate behalten – allerdings nur bis zur Landtagswahl. Danach werden Sie nämlich ihr blaues Wunder erleben. Bayern wird mehr Mut zur Wahrheit bekommen, um endlich wieder die wichtigen Dinge im Land anzusprechen und sich um folgende Themen zu kümmern: Illegale Masseneinwanderung, Zwangszuweisungen, Heizungsgesetz, Energiezwang, Arbeit, Menschen in Arbeit bringen, Arbeitslosigkeit, das Bürgergeld nicht so stark erhöhen, sondern die Menschen lieber in Arbeit bringen, Preise, Energie und die Industrie in Deutschland wieder auf Vordermann bringen. In diesem Sinne: Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Vorsitzender Thomas Kreuzer (CSU): Werte Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist damit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung über die einzelnen Anträge.

Im Hinblick auf das Verfahren möchte ich darauf hinweisen, dass wir zunächst die einfache Abstimmung und danach die beiden namentlichen Abstimmungen durchführen. Das machen wir auch bei Dringlichkeitsanträgen so. Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von CSU und FREIEN WÄHLERN betreffend "Antisemitismus weiterhin entschieden bekämpfen!", Drucksache 18/30537 Z.

Wer dem Antrag auf Drucksache 18/30537 Z zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Keine. Enthaltungen! Das ist die AfD-Fraktion. Dem Antrag ist zugestimmt worden. Er ist angenommen.

Ich lasse als Nächstes über den Antrag der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und FDP betreffend "Menschenwürde, Respekt und Freiheit – Grundwerte der Demokratie schützen!", Drucksache 18/30529 Z, abstimmen. Hierzu wurde, wie bereits vorhin bekannt gegeben, namentliche Abstimmung beantragt. Die namentliche Abstimmung findet mittels Ihrer Stimmkarte statt. Sollte Ihre Stimmkartentasche nicht vorliegen, melden Sie sich bitte umgehend beim Offiziantendienst.

Für die Stimmabgabe sind zwei Urnen auf dem Podium bereitgestellt. Bitte werfen Sie die Abstimmkarte mit Ihrem Votum in die hierfür vorgesehene Urne ein. Für den Abstimmungsvorgang stehen fünf Minuten zur Verfügung. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 13:35 bis 13:40 Uhr)

Meine Damen und Herren, die fünf Minuten sind abgelaufen. Die Abstimmung ist damit beendet. Ich weise darauf hin, dass wir die Stimmen zunächst auszählen müssen, weil wir nicht elektronisch abstimmen konnten. Das wird etwas länger dauern. Die Auszählung findet außerhalb des Saales statt.

Wir fahren fort mit der Abstimmung über den Antrag der Fraktionen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD betreffend "Verantwortung für Bayerns Ansehen – Nazi-Jargon entschieden entgegnet – Entlassung von Staatsminister Hubert Aiwanger" auf der Drucksache 18/30530 Z. Wie bereits bekannt gegeben, wurde auch hier namentliche Abstimmung beantragt. Die namentliche Abstimmung findet wieder mittels Ihrer Stimmkarte statt. Bitte werfen Sie die Stimmkarte mit Ihrem Votum in die hierfür vorgesehene Urne ein. Für den Abstimmungsvorgang stehen drei Minuten zur Verfügung. Ich eröffne die Abstimmung.

(Namentliche Abstimmung von 13:41 bis 13:44 Uhr)

Die Abstimmungszeit ist abgelaufen. Die Abstimmung ist damit beendet. Wir müssen auch hier natürlich das Ergebnis erst draußen feststellen. Die Sitzung wird bis zum Vorliegen der Abstimmungsergebnisse der beiden namentlichen Abstimmungen unterbrochen. Ich schlage vor, dass wir vielleicht, falls das möglich ist und gut geht, noch das eine oder andere Fenster öffnen, weil die Luft doch relativ ungut ist. Ich unterbreche also die Sitzung und nehme sie bei Vorliegen der Ergebnisse wieder auf.

(Unterbrechung von 13:45 bis 14:00 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, außerhalb der Tagesordnung gebe ich bekannt, dass es am Bahnhof München massive Störungen gibt. Es scheint, dass keine Züge mehr ein- und ausfahren können. Ich empfehle also jedem, der sich auf den Weg zum Bahnhof machen möchte, sich vorher zu informieren, ob der jeweilige Zug tatsächlich fährt. Es handelt sich offenbar um eine durchgängige Oberleitungsstörung, die noch einige Zeit anhalten wird.

Damit treten wir wieder in die Tagesordnung ein. Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD und der FDP betreffend "Menschenwürde, Respekt und Freiheit – Grundwerte der Demokratie schützen!" auf Drucksache 18/30529 Z bekannt. Mit Ja haben 19, mit Nein 32 Abgeordnete gestimmt. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 1)

Damit kommen wir zum Ergebnis der Abstimmung über den Antrag der Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD betreffend "Verantwortung für Bayerns Ansehen – Nazi-Jargon entschieden entgegentreten – Entlassung von Staatsminister Hubert Aiwanger" auf Drucksache 18/30530 Z. Mit Ja haben 19, mit Nein 32 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Stimmenthaltungen. Meine Damen und Herren, damit sind beide Anträge abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Bevor ich die Sitzung schließe, möchte ich mich ganz herzlich bei allen Verantwortlichen des Landtagsamts bedanken.

(Allgemeiner Beifall)

Es war gar nicht so einfach, diese Sitzung vorzubereiten und einen Sitzungssaal zu finden. Ihnen ist es gelungen, einen reibungslosen Ablauf zu ermöglichen. Das ist ganz hervorragend.

Meine Damen und Herren, da ich davon ausgehe, dass dies die letzte Sitzung eines Gremiums des Bayerischen Landtags in dieser Legislaturperiode ist, wird dies auch meine letzte Sitzung sein. Ich möchte mich deshalb von Ihnen verabschieden. Meine Damen und Herren, es war mir eine Ehre und ein Vergnügen.

(Allgemeiner Beifall)

Damit ist die Tagesordnung erledigt. Ich schließe die Sitzung. Ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.

(Schluss: 14:03 Uhr)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.09.2023 zum Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen u. a. und Fraktion SPD, Martin Hagen, Julika Sandt, Alexander Muthmann u. a. und Fraktion FDP
Menschenwürde, Respekt und Freiheit - Grundwerte der Demokratie schützen! (Drucksache 18/30529 Z)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Enghuber Matthias			
Adjei Benjamin				Fackler Wolfgang			
Aigner Ilse				Dr. Faltermeier Hubert			
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina			
Arnold Horst				Fischbach Matthias	X		
Atzinger Oskar				Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
Bachhuber Martin				Franke Anne			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Freller Karl			
Bauer Volker				Friedl Hans			
Baumgärtner Jürgen		X		Friedl Patrick			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara			
Bayerbach Markus				Füracker Albert			
Becher Johannes				Gehring Thomas			
Becker Barbara				Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin				Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal				Graupner Richard			
Brandl Alfons				Grob Alfred			
Brannekämper Robert		X		Güller Harald			
Brendel-Fischer Gudrun				Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian	X			Häusler Johann			
Dr. Büchler Markus				Hagen Martin	X		
Busch Michael				Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Celina Kerstin				Halbleib Volkmar	X		
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig	X		
Deisenhofer Maximilian				Hauber Wolfgang		X	
Demirel Gülseren	X			Haubrich Christina			
Dorow Alex				Hayn Elmar			
Dremel Holger				Henkel Uli			
Dünkel Norbert				Herold Hans		X	
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian			
Ebner-Steiner Katrin				Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold			
Eibl Manfred				Dr. Heubisch Wolfgang			
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hierneis Christian			
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra			
Enders Susann				Hintersberger Johannes			
				Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael			
Hold Alexander			
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald			
Kurz Sanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan			
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert			
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans			
Ritter Florian			
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	19	32	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 07.09.2023 zum Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Florian von Brunn, Dr. Simone Strohmayr, Arif Tasdelen u. a. und Fraktion SPD Verantwortung für Bayerns Ansehen - Nazi-Jargon entschieden entgegnetreten - Entlassung von Staatsminister Hubert Aiwanger (Drucksache 18/30530 Z)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus				Enghuber Matthias			
Adjei Benjamin				Fackler Wolfgang			
Aigner Ilse				Dr. Faltermeier Hubert			
Aiwanger Hubert				Fehlner Martina			
Arnold Horst				Fischbach Matthias	X		
Atzinger Oskar				Flierl Alexander		X	
Aures Inge				Flisek Christian			
Bachhuber Martin				Franke Anne			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter				Freller Karl			
Bauer Volker				Friedl Hans			
Baumgärtner Jürgen		X		Friedl Patrick			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Fuchs Barbara			
Bayerbach Markus				Füracker Albert			
Becher Johannes				Gehring Thomas			
Becker Barbara				Gerlach Judith			
Beißwenger Eric		X		Gibis Max		X	
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin				Gottstein Eva			
Bozoglu Cemal				Graupner Richard			
Brandl Alfons				Grob Alfred			
Brannekämper Robert		X		Güller Harald			
Brendel-Fischer Gudrun				Guttenberger Petra		X	
von Brunn Florian	X			Häusler Johann			
Dr. Büchler Markus				Hagen Martin	X		
Busch Michael				Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Celina Kerstin				Halbleib Volkmar	X		
Dr. Cyron Anne				Hartmann Ludwig	X		
Deisenhofer Maximilian				Hauber Wolfgang		X	
Demirel Gülseren	X			Haubrich Christina			
Dorow Alex				Hayn Elmar			
Dremel Holger				Henkel Uli			
Dünkel Norbert				Herold Hans		X	
Duin Albert				Dr. Herrmann Florian			
Ebner-Steiner Katrin				Herrmann Joachim			
Eck Gerhard				Dr. Herz Leopold			
Eibl Manfred				Dr. Heubisch Wolfgang			
Dr. Eiling-Hütig Ute				Hierneis Christian			
Eisenreich Georg				Hiersemann Alexandra			
Enders Susann				Hintersberger Johannes			
				Högl Petra			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael			
Hold Alexander			
Holetschek Klaus			
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie			
Jäckel Andreas			
Dr. Kaltenhauser Helmut	X		
Kaniber Michaela			
Karl Annette			
Kirchner Sandro			
Klingen Christian			
Knoblach Paul			
Köhler Claudia			
König Alexander		X	
Körber Sebastian			
Kohler Jochen			
Kohnen Natascha			
Krahl Andreas			
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald			
Kurz Sanne			
Ländner Manfred			
Lettenbauer Eva			
Löw Stefan			
Dr. Loibl Petra			
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd			
Markwort Helmut			
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin			
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin			
Monatzeder Hep			
Dr. Müller Ralph			
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzingler Stephan			
Osgyan Verena	X		
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazzolo Michael			
Pittner Gerald			
Plenk Markus			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pohl Bernhard		X	
Pschierer Franz Josef			
Radler Kerstin			
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara			
Reiß Tobias		X	
Riedl Robert			
Dr. Rieger Franz			
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans			
Ritter Florian			
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin			
Sandt Julika			
Sauter Alfred			
Schalk Andreas			
Scharf Ulrike			
Schiffers Jan			
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin			
Schorer Angelika			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin			
Schuberl Toni			
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Schwamberger Anna	X		
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sengl Gisela	X		
Siekmann Florian			
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Dr. Spaenle Ludwig			
Dr. Spitzer Dominik			
Stachowitz Diana			
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia			
Stöttner Klaus			
Stolz Anna			
Straub Karl			
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund			
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina			
Triebel Gabriele			
Urban Hans			
Vogel Steffen			
Wagle Martin			
Waldmann Ruth			
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Winhart Andreas		X	
Winter Georg			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian			
Gesamtsumme	19	32	0